

Journal

■ Studie: Bürger zur Gesundheitsreform

Gesundheit gehört nach Bildung und Arbeit zu den drei wichtigsten Bereichen für Reformen, die Deutschland zukunftsfähig machen sollen. Das hat das Institut TNS Emnid Medien- und Sozialforschung GmbH im Auftrag der forschenden Pharma-Unternehmen (vfa) in der Studie „Meinungsbild der Bürger zur Gesundheitsreform“ herausgefunden. Demnach hoffen 70 Prozent, dass eine Reform des Gesundheitswesens „eher nützen“ wird. Knapp die Hälfte (46 %) der Befragten befürchtet, dass sie in den nächsten Jahren mehr in die Krankenkasse einzahlen müssen, ebenfalls knapp die Hälfte (46 %) meint, dass der Gesundheitsfonds reformiert werden müsse. Mehr Wettbewerb im Gesundheitssystem (bei Krankenkassen, Krankenhäusern, Ärzten, Arzneimittelherstellern und Apotheken) befürworten zwei Drittel der Befragten. Für die Studie wurden Mitte Januar 2010 deutschlandweit circa 1000 Personen ab 14 Jahren am Telefon zu ihren Ansichten zur Gesundheitsreform befragt. Weitere Informationen unter www.vfa.de > Studien

lin/vfa

■ BDI fordert neue Gesundheitspolitik

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) fordert einen Kurswechsel im Gesundheitssystem. Im Rahmen der BDI-Veranstaltung „Stabilität und Wachstum: Für eine starke Gesundheitswirtschaft in Deutschland“ Ende März in Berlin sagte Werner Schnappauf, Hauptgeschäftsführer des BDI, die Gesundheitskosten müssten von den Lohnkosten entkoppelt werden. Die Gesundheitswirtschaft trage etwa 12 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei und stehe für rund 4,3 Millionen Beschäftigte in Deutschland. „Das zu erwartende Wachstum der Branche von etwa 3,3 Prozent jährlich liegt deutlich über dem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum. Diese Branche bietet enorme Chancen für Wertschöpfung und Jobs“, betonte Schnappauf. „Die erforderliche Dynamik werden wir aber nur dann gewinnen, wenn wir die Märkte entbürokratisieren und deregulieren. An die Stelle von rechtlich-administrativen Restriktionen und Eingriffen in die Preise muss endlich mehr Wettbewerb treten“, so Schnappauf weiter. „Mehr Wettbe-

werb und Transparenz steigern Effizienz und Innovationskraft im Gesundheitssystem – zum Wohl von Versicherten, Patienten und Unternehmen“, ergänzte BDI-Präsidiumsmitglied Andreas Barner.

lin/BDI

■ Hotline für DKV-Gruppenversicherte

Die DKV Deutsche Krankenversicherung hat eine neue Hotline für Zahnärzte, die am Gruppenversicherungsvertrag teilnehmen, eingerichtet. Unter der Telefonnummer 0221 5786785 beantwortet der Versicherer Fragen zu Leistungen, Rechnungen und Tarifen der Gruppenversicherung. Die Berater sind speziell für Fragen von Angehörigen der Freien Berufe und Selbstständigen geschult. Die Telefonnummer ist zum Ortstarif erreichbar.

lin/DKV

■ Medizinklimaindex steigt

Der Medizinklimaindex ist seit Herbst 2009 um drei Punkte gestiegen und liegt jetzt bei -18,5. Im Vergleich zum Herbst-Index schätzen im Frühjahr 2010 mehr Ärzte, Zahnärzte und Psychologische Psychotherapeuten ihre eigene wirtschaftliche Lage als gut oder befriedigend ein (siehe Tabelle).

Medizinklimaindex	Herbst 2009	Frühjahr 2010
Mediziner schätzen eigene wirtschaftliche Lage als gut ein	21,4 %	22,8 %
Mediziner schätzen eigene wirtschaftliche Lage als befriedigend ein	50,6 %	51,4 %
Mediziner schätzen eigene wirtschaftliche Lage als schlecht ein	27,9 %	25,9 %

Quelle: Stiftung Gesundheit

Bei den befragten Zahnärzten bezeichnen 34 Prozent ihre aktuelle wirtschaftliche Lage als gut, 41,5 Prozent als stabil und 24,5 Prozent als schlecht. 9,4 Prozent meinen, dass sich die wirtschaftliche Lage in den kommenden sechs Monaten verbessert. 64,2 Prozent erwarten keine Veränderung. 26,4 Prozent rechnen mit einer Verschlechterung der Lage. Der Medizinklimaindex der Zahnärzte liegt somit bei -3,8. Die Gesellschaft für Gesundheitsmarktanalyse mbH erhebt den Medizinklimaindex im Auftrag der Stiftung Gesundheit halbjährlich analog zum Geschäftsklimaindex des ifo-Instituts.

lin

■ Bundesrechnungshof kritisiert Millionen für Kassenchefs

Der Bundesrechnungshof hat die mitunter hohen Abfindungen kritisiert, die ehemalige Vorstände gesetzlicher Krankenkassen bei den Fusionen erhalten. Bei der Fusion von vier kleinen Kassen seien drei ehemaligen Vorständen insgesamt 1,6 Millionen Euro zugesprochen worden. Der vierte Vorstand leitet die neue Kasse und stellte alle drei ehemaligen Vorstände unter Fortzahlung ihrer ehemaligen Vorstandsgehälter als Geschäftsstellenleiter ein. Laut Bundesrechnungshof mussten sie nur kurze Zeit arbeiten, erhalten ihr volles Gehalt aber bis zu sechs Jahre weiter. „Die hohen Abfindungen und die dafür geschuldeten, aber zu vernachlässigenden Arbeitsleistungen stehen im krassen Missverhältnis“, kritisiert der Bundesrechnungshof. Die Bonner Behörde hat die neue Krankenkasse aufgefordert zu prüfen, ob die Vereinbarungen zulasten der Versichertengemeinschaft sittenwidrig und damit nichtig sind. Sollten die Verträge Bestand haben, sei zu prüfen, ob der handelnde Vorstand in Regress zu nehmen ist. Vorstandsverträge sollten vor ihrem Abschluss zuerst den Aufsichtsbehörden vorgelegt werden, empfehlen die Prüfer ferner. vo

■ Wird für die Niederländer das Kranksein bald teuer?

Niederländer müssen für die Kosten ihrer ärztlichen Behandlung künftig vermutlich einen Selbstbehalt in Höhe von 775 Euro bezahlen. Kostet eine ärztliche Behandlung mehr, übernimmt die staatliche Gesundheitsversicherung die Gebühren. Über diese Pläne einer Sachverständigenkommission berichtete die österreichische Tageszeitung „Die Presse“. Hintergrund dieser Maßnahme: In der kommenden Legislaturperiode müssen in den Niederlanden 35 Milliarden Euro eingespart werden. Durch die Wirtschaftskrise sei die Neuverschuldung in den Niederlanden ausgeufert. Das bedeute für die 16,5 Millionen Niederländer, sich von vielen Errungenschaften des Sozialstaats zu verabschieden. So sei beispielsweise auch geplant, das Kindergeld abzuschaffen, den Mindestlohn um zehn Prozent zu senken und das Arbeitslosengeld um

mindestens 20 Prozent zu kürzen. In den Niederlanden wird am 9. Juni ein neues Parlament gewählt. Dass die Sparmaßnahmen offen vor der Wahl diskutiert werden, werde in den Niederlanden nicht als Nachteil gesehen, meldet die Tageszeitung. vo

■ Zahnlücken erhöhen Herzinfarktrisiko

Menschen mit Zahnlücken haben ein höheres Herzinfarktrisiko. Das haben schwedische Wissenschaftler herausgefunden. Der Studie zufolge hat ein Mensch, der weniger als zehn eigene Zähne im Mund hat, ein sieben Mal höheres Risiko an einem Herzproblem zu sterben als ein gleichaltriger Mensch mit vollständigem Gebiss. Besonders Erkrankungen der Herzkranzgefäße hängen eng mit der Zahl der Zähne zusammen, so die Wissenschaftler. In den vergangenen Jahren wiesen mehrere Studien bereits einen Zusammenhang zwischen Zahnhygiene und Herzkrankheiten nach, die schwedische Studie stelle aber als erste eine Verbindung mit der Zahl der Zähne her. vo

■ Zahnarztbesuche: Niederländer vorn

Keiner geht häufiger zum Zahnarzt als die Niederländer. 83 Prozent der Niederländer haben im vergangenen Jahr einen Zahnarzt konsultiert. Das geht aus der Eurobarometer-Studie hervor, die die Europäische Union im Oktober in allen EU-Mitgliedstaaten durchgeführt hat. Aber auch die Deutschen lagen mit 77 Prozent weit über dem Durchschnitt. Zahnarztmuffel scheinen dagegen die Rumänen zu sein. Nur 34 Prozent der Rumänen waren in den letzten zwölf Monaten überhaupt einmal beim Zahnarzt. Vermutlich war dann aber auch viel zu machen. So mussten die rumänischen Patienten durchschnittlich 3,6 Mal in der Praxis erscheinen. Die befragten Deutschen hatten dagegen nur durchschnittlich zwei Termine. Prävention lohnt sich also. vo